

Verbraucherschutz

EU will milde Spülmittel als „ätzend“ einstufen

WE Wirtschaft u. Finanzen, 05.03.2008, Gerd Niewerth

Die EU-Kommission will als harmlos eingestufte Wasch- und Reinigungsmittel künftig mit strengeren Warnhinweisen versehen. Milde, "für empfindliche Haut" empfohlene Handspülmittel etwa könnten dann das Etikett „ätzend“ tragen.

Außerdem müssten sie - ähnlich wie scharfe WC-Reiniger – sogar mit kindersicheren Drehverschlüssen versehen werden. Im EU-Parlament regt sich Widerstand, auch die Chemische Industrie ist alarmiert.

„Ein klassischer Fall von Überkennzeichnung“, ärgert sich der EU-Abgeordnete Andreas Schwab (CDU), der in dem Vorhaben keine Verbesserung des Verbraucherschutzes zu erkennen vermag. Im Gegenteil: Die neue Kennzeichnung würde den Verbraucher sogar verwirren. „Das hätte zur Folge, dass auch Spülmittel in Zukunft dieselben Warnhinweise tragen müssten wie ätzende Rohrreiniger“, sagt der Binnenmarkt-Experte. Bisläng dürfen Handspülmittel in Europa ohne jegliche Sicherheitshinweise vermarktet werden.

Kindersichere Schraubverschlüsse per Gesetz

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) befürchtet eine „Fehlsteuerung des Konsumentenverhaltens“ und dringt auf eine Nachbesserung der geplanten EU-Verordnung. Offenbar hat es die EU-Kommission aber sehr eilig mit ihrem umstrittenen Vorhaben. Schon Anfang 2009 sollen strengere Warnhinweise und kindersichere Schraubverschlüsse gesetzlich vorgeschrieben werden. „Die sorgfältige Beratung im Europäischen Parlament, warnt der VCI, sei wichtiger als die Einhaltung des gesetzten Zeitplans.

Mit ihrer Initiative will die EU das von den Vereinten Nationen entwickelte so genannte „Global harmonisierte System“ komplett übernehmen. Es hat das Ziel, chemische Stoffe nach weltweit einheitlichen Gefahrenmerkmalen einzustufen und zu kennzeichnen. In Ländern wie USA, Neuseeland und Japan wird bereits mit Hochdruck an der Umsetzung gearbeitet. EU-Politiker Schwab tritt hingegen auf die Bremse: „Die Kommission darf sich nicht hinter dem Argument verstecken, sie würde nur eine die UN-Vorgaben umsetzen. Die Vorschläge müssen realistisch bleiben.“